

Potsdam / Berlin 15. Dezember 2026

Positionspapier AGFS Brandenburg und VDP Berlin-Brandenburg: Beteiligung freier Schulen an der Zuweisung von Fördermitteln für Infrastruktur

Freie Schulen erfüllen einen öffentlichen Bildungsauftrag und tragen wesentlich zur Vielfalt und Qualität des Schulwesens bei. Trotz dieser Bedeutung bestehen bei der Vergabe von staatlichen Fördermitteln, etwa im Bereich Digitalisierung, energetische Sanierung oder bauliche Modernisierung, weiterhin strukturelle Ungleichheiten zwischen Schulen in staatlicher Trägerschaft und Schulen in freier Trägerschaft, obwohl letztere Teil des öffentlichen Bildungssystems sind. Freie Schulen sind entweder gar nicht oder nur eingeschränkt antrags- oder förderberechtigt.

Digitalisierung, Gebäudesanierung, Barrierefreiheit und moderne Lernräume betreffen hingegen alle Schulen gleichermaßen, unabhängig von ihrer Trägerschaft. Die angemessene Beteiligung freier Schulen bei der Vergabe staatlicher Fördermittel ist keine Sonderleistung, sondern eine notwendige Voraussetzung für Chancengleichheit, Qualität und Stabilität des Bildungssystems.

Ziel des Investitionsprogrammes „**Sondervermögen Infrastruktur**“ ist es, die bestehenden Defizite im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur abzubauen und die schulische Infrastruktur nachhaltig zu verbessern. Im Land Brandenburg soll die Mittelvergabe anteilig über die Landkreise und kreisfreien Städte erfolgen. Freie Schulen dürfen hier nicht strukturell benachteiligt werden, sie gehören zur kommunalen Bildungsinfrastruktur dazu.

Ergänzend bitten wir zu berücksichtigen, dass Landkreise und Kommunen selbst unter erheblichem finanziellem Druck stehen. Viele Gebietskörperschaften sind von langjährigem Investitionsstau betroffen, verfügen über stark eingeschränkte finanzielle Spielräume oder befinden sich in einem Haushaltssicherungskonzept. Unter diesen Rahmenbedingungen ist absehbar, dass die Mittel des Sondervermögens Infrastruktur vorrangig zur Absicherung der eigenen kommunalen Aufgaben und Einrichtungen eingesetzt werden.

Freie Schulen als anerkannter und unverzichtbarer Bestandteil der brandenburgischen Schullandschaft dürfen in dieser Situation nicht darauf verwiesen werden, ihre Berücksichtigung im Rahmen kommunaler Verteilentscheidungen einzufordern oder in einen faktischen Wettbewerb um knappe Mittel einzutreten. Ein solches Vorgehen würde strukturelle Benachteiligungen verfestigen und der öffentlichen Verantwortung des Landes für das gesamte Schulwesen nicht gerecht.

Wir appellieren daher ausdrücklich an die Landespolitik, im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur klare landesweite Vorgaben zu schaffen, die eine verbindliche und gleichberechtigte Beteiligung freier Schulen sicherstellen.

VDP

Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.
Am Zirkus 3A
10117 Berlin
info@vdp-berlinbrandenburg.de
www.vdp-berlinbrandenburg.de

AGFS

Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen im Land Brandenburg e.V.
Schlossstraße 13
14467 Potsdam
info@agfs-brb.org
www.agfs-brb.org

Nur durch transparente Förderzugänge, verlässliche Beteiligungsmechanismen und eine eindeutige politische Steuerung kann verhindert werden, dass finanzielle Engpässe auf kommunaler Ebene zulasten freier Schulen und ihrer Schülerinnen und Schüler wirken.

Bitte sorgen Sie als Landespolitiker dafür, dass freie Schulen im Land Brandenburg nicht nur formal, sondern tatsächlich und wirksam an dem Infrastrukturprogramm beteiligt werden. Die öffentliche Verantwortung für Bildung endet nicht bei der Trägerschaft. Investitionen in die Bildungsinfrastruktur müssen alle Schulen und alle Schülerinnen und Schüler im Land erreichen. Durch strukturelle Gleichstellung, faire Förderbedingungen und verbindliche Beteiligungsmechanismen können freie Schulen ihren Beitrag zum Bildungserfolg aller Brandenburger Schülerinnen und Schüler nachhaltig sichern.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie nachdrücklich, unserem Appell zu folgen und bei der Ausgestaltung des Sondervermögens Infrastruktur sicherzustellen, dass freie Schulen als gleichwertiger Teil der Bildungsinfrastruktur des Landes Brandenburg verbindlich und gerecht berücksichtigt werden.

Die AGFS und der VDP vertreten die Interessen der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft in Brandenburg. Ihre Mitglieder sind Träger von Grundschulen, Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien bis zu beruflichen Schulen, von alternativ über konfessionell zu reformpädagogisch und innovativ. Im Land Brandenburg werden ca. 35.000 SchülerInnen (11%) in Schulen in freier Trägerschaft mit über 6.000 Angestellten unterrichtet. Alle Bildungseinrichtungen haben es sich zur Aufgabe gemacht, das öffentliche Bildungswesen durch innovative Angebote zu ergänzen und weiterzuentwickeln.

Gerne erläutern wir Ihnen unsere Ausführungen und Argumente gesprächsweise.

Dirk Seifert
Geschäftsführer

Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen
im Land Brandenburg e.V.

dirk.seifert@agfs-brb.org

Tel. 0176 545 111 01

Sabina Bothe
Geschäftsführerin

Verband Deutscher Privatschulen Landesverband Berlin-
Brandenburg e.V.

bothe@vdp-berlinbrandenburg.de

Tel. 01578 816 3117

VDP

Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.
Am Zirkus 3A
10117 Berlin
info@vdp-berlinbrandenburg.de
www.vdp-berlinbrandenburg.de

AGFS

Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen im Land Brandenburg e.V.
Schlossstraße 13
14467 Potsdam
info@agfs-brb.org
www.agfs-brb.org